

2023-4
Policy Paper

GIORGIA MELONI UND DIE MIGRATIONSFRAGE

RÜCKBLICK AUF EIN JAHR REGIERUNG

VON OLIVIERO ANGELI

INHALTSVERZEICHNIS

	ZUSAMMENFASSUNG	4
1	EINLEITUNG	4
2	ASYL- UND MIGRATIONSPOITIK IN DEN PARTEIPROGRAMMEN VON FRATELLI D'ITALIA	5
3	ASYL- UND MIGRATIONSPOITISCHE MASSNAHMEN SEIT REGIERUNGSANTRITT	7
4	MIGRATION IN DEN SOZIALEN MEDIEN: EINE FACEBOOK-ANALYSE ITALIENISCHER PARTEIEN MIT FOKUS AUF GIORGIA MELONI	10
	LITERATURVERZEICHNIS	18
	AUTOR	22
	IMPRESSUM	23

Zitiervorschlag:

Angeli, Oliviero 2023: Giorgia Meloni und die Migrationsfrage. Rückblick auf ein Jahr Regierung, MIDEM-Policy Paper 2023-4, Dresden.

ZUSAMMENFASSUNG

Fratelli d'Italia hat unter ihrer Vorsitzenden Giorgia Meloni einen Prozess der Mäßigung in ihrer Kommunikation und ihren Positionen durchlaufen. Dieser Prozess hat nicht erst mit dem Regierungsantritt begonnen, sondern ist das Ergebnis einer längeren, nicht linearen Entwicklung. Während die Ablehnung irregulärer Migration eine Konstante der Partei bleibt, gewann die nativistisch motivierte Migrationsfeindlichkeit bis 2019 deutlich an Bedeutung und wurde vor den letzten Wahlen 2022 zugunsten eines deutlich pragmatischeren Ansatzes wieder zurückgedrängt. Das vorliegende Policy Paper zeigt, wie sich dieser Pragmatismus in der Social Media-Kommunikation von Giorgia Meloni und ihrer Partei manifestiert. Dabei fallen vor allem zwei Aspekte auf: Zum einen betont Giorgia Meloni in ihrer Kommunikation verstärkt die asyl- und migrationspolitischen Erfolge ihrer Regierung, anstatt Migration gezielt politisch zu instrumentalisieren bzw. zu politisieren. Zum anderen macht sich Meloni in ihrer Kritik an irregulärer Migration zunehmend humanitäre Argumente zu eigen. Es bleibt abzuwarten, ob sie auf Dauer an diesem moderaten Migrationsdiskurs festhält oder angesichts der hohen Flüchtlingszahlen zu einer konfrontativeren oder populistischeren Kommunikation zurückkehrt.

1. EINLEITUNG

Breite Teile der europäischen Öffentlichkeit zeigten sich besorgt über den Wahlerfolg von Giorgia Melonis Partei *Fratelli d'Italia* (FDI; dt.: Brüder Italiens) bei den letzten italienischen Parlamentswahlen am 25. September 2022. Im Fokus stand auch der Umgang mit Minderheiten und Geflüchteten. So wurden Befürchtungen geäußert, dass die neue Regierung unter Führung der Fratelli d'Italia einen extrem restriktiven bis hin zu rechtswidrigen Kurs in der Asyl- und Migrationspolitik verfolgen würde. Tatsächlich trat Meloni im Wahlkampf mit dem Ziel an, die ‚illegale‘ Einwanderung nach Italien zu unterbinden. In diesem Zusammenhang war auch von einer Seeblockade vor Nordafrika und der Einrichtung von Hotspots auf afrikanischem Gebiet die Rede.

Die Umsetzung von Wahlkampfversprechen in konkrete Politik ist alles andere als selbstverständlich. In den letzten Jahren hat sich die politikwissenschaftliche Forschung wiederholt mit der Frage nach der Kluft zwischen rechtspopulistischen Migrationsdiskursen einerseits und der Migrationspolitik andererseits befasst (Lutz 2021). Auffallend ist, dass sich rechtspopulistische Parteien oft mäßigen, sobald sie an der Regierung beteiligt sind (Capaul/Ewert 2021).¹ Dabei kann das Ausmaß der Mäßigung sehr unterschiedlich ausfallen und von zahlreichen Faktoren beeinflusst werden. (1) So müssen rechtspopulistische Parteien oft Koalitionen mit etablierten Parteien eingehen, um regieren zu können. Dies kann sie dazu zwingen, sich den Po-

sitionen ihrer Koalitionspartner anzunähern bzw. von ihren Maximalforderungen abzurücken (Akkerman et al. 2016; Bernhard 2020; Krause/Wagner 2019). (2) Sobald rechtspopulistische Parteien an der Macht sind, müssen sie sich zudem institutionellen Zwängen unterziehen, die ihr politisches Handeln einschränken. Gerade die Wahrung der bestehenden rechtsstaatlichen Institutionen zwingt sie oft dazu, von ihren radikalsten Vorschlägen im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik Abstand zu nehmen.² (3) Außerdem stellt die Regierungsbeteiligung rechtspopulistischer Parteien vor die Herausforderung, nicht nur die eigene Anhängerschaft, sondern auch breitere Teile der Gesellschaft und der politischen Elite zur Unterstützung des Vorhabens zu mobilisieren.³ In diesem Sinne ist es durchaus möglich, dass auch sie ihre Positionen zur Einwanderung anpassen, um wichtige Interessengruppen wie Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften sowie ethnische oder religiöse Gemeinschaften anzusprechen (vgl. Facchini et al. 2011). (4) Auch kann internationaler Druck eine Kursänderung rechtspopulistischer Parteien bewirken. Im Falle der italienischen Regierung gilt dies insbesondere für die Europäische Union, die finanzielle Unterstützung als Druckmittel einsetzen kann, um politische Veränderungen zu beeinflussen.

Natürlich mildern nicht alle rechtspopulistischen Parteien ihre Positionen ab, wenn sie an der Macht sind. Zudem kann die Mäßigung in unterschiedlichem Maße und in unterschiedlichen Formen erfolgen. Dabei sind zwei Formen von Bedeutung:⁴

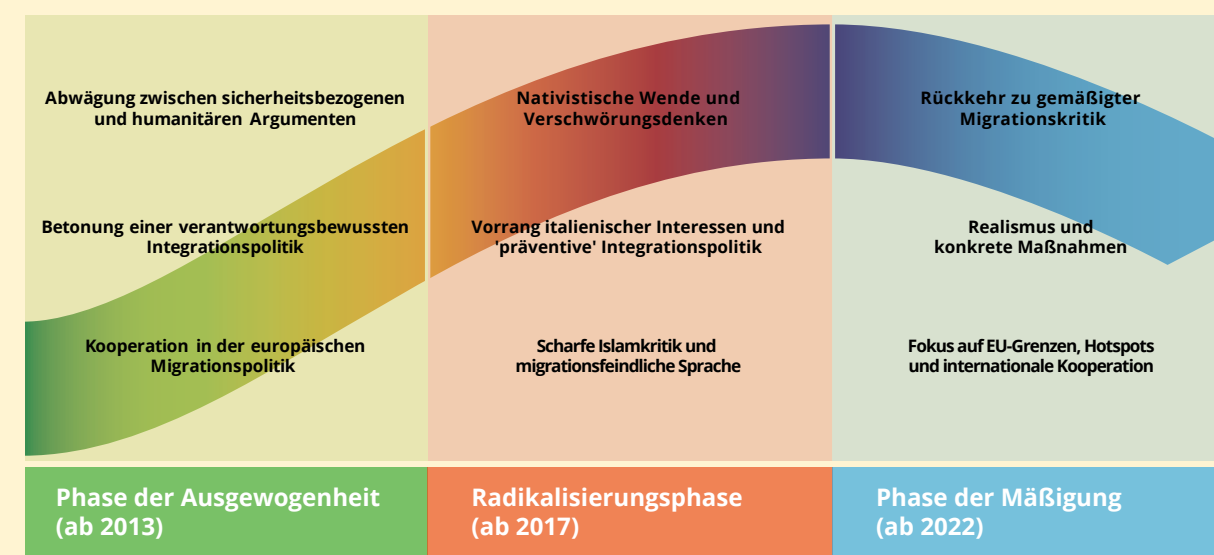
- **Kommunikative Mäßigung:** Rechtspopulistische Politiker und Politikerinnen können ihre radikale Sprache mäßigen, um in der Öffentlichkeit ein weniger konfrontatives Bild abzugeben. Dies könnte zum Beispiel bedeuten, dass sie in ihren Reden zur Migration von explizit fremdenfeindlicher und nativistischer Rhetorik absehen und Migration argumentativ eher als wirtschaftliches oder humanitäres Phänomen einordnen und dessen europäische Bedeutung unterstreichen. Alternativ können rechtspopulistische Parteien ihr programmatisches Profil erweitern und dabei nativistische Themen wie Migration zurückdrängen und andere Themen, einschließlich wirtschaftlicher Fragen, stärker in den Vordergrund stellen.
- **Programmatische Mäßigung:** Mäßigung kann aber auch bedeuten, dass rechtspopulistische Parteien sich stärker politisch in die Mitte bewegen und eine eher zentristische Haltung zu Einwanderung und Asyl einnehmen. So könnten sie zum Beispiel von der Forderung nach einer vollständigen Schließung der Grenzen dazu übergehen, strengere Einwanderungskontrollen vorzuschlagen. Ein solcher Richtungswechsel könnte zwar dazu beitragen, die Partei für moderatere Wählerschichten attraktiver zu gestalten, jedoch könnte er auch interne Konflikte auslösen, wenn sich die eigenen Anhänger uneinig zeigen.

Die Regierung von Giorgia Meloni ist noch nicht lange genug im Amt, um beurteilen zu können, ob sich die migrationspolitischen Ziele im Sinne einer programmatischen Mäßigung substantiell verändert haben. Zur besseren Einordnung der politischen Kommunikation wird jedoch ein Überblick über die programmatische Entwicklung der Partei beim Thema Migration seit 2013 (Kap. 2) sowie über das asyl- und migrationspolitische Regierungshandeln in den letzten 12 Monaten (Kap. 3) gegeben. Die Frage der kommunikativen Mäßigung wird anhand des Umgangs von Giorgia Meloni und ihrer Partei mit dem Thema Migration in den sozialen Medien erörtert (Kap. 4). Methodisch stützt die Untersuchung sich auf die qualitative und quantitative Analyse der offiziellen Facebook-Accounts (mit Fokus auf Meloni und ihrer Partei Fratelli d'Italia). Ziel ist es herauszufinden, ob die politische Kommunikation über soziale Medien auf eine Strategie der Mäßigung seitens Meloni bzw. Fratelli d'Italia hindeutet.⁵

2. ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK IN DEN PARTEIPROGRAMMEN VON FRATELLI D'ITALIA

Obwohl Migration von Anfang an ein Wahlkampfthema der Fratelli d'Italia war, ist der Abschnitt zu diesem Thema im letzten Wahlprogramm nur einer von insgesamt 25. Unbedeutend ist es damit jedoch ganz sicher nicht. Die „Gefahr“ der irregulären Migration ist eines der Themen, mit denen die Partei an politischer Sicht-

Abb. 1: Migrationspolitische Positionen der Partei Fratelli d'Italia im Zeitverlauf



Quelle: MIDEM-Erhebung / YouGov

¹ In der Fachliteratur wird in diesem Zusammenhang von der Inklusionsmoderationsthese gesprochen (vgl. Bernhard 2020; Schwörer 2022; Tepe 2019), die ursprünglich zur Erklärung des Kurswechsels religiöser Parteien entwickelt wurde.

² Roger Z. Hollifield und Virginie Guiraudon heben beispielsweise hervor, dass rechtliche Zwänge die Konturen der Asyl- und Einwanderungspolitik in westlichen Staaten entscheidend prägen. Diese Zwänge können sich sowohl aus innerstaatlichen Rechtsrahmen (wie Verfassungen und nationalen Gesetzen) als auch aus internationalen Rechtsrahmen (wie Menschenrechtsverträgen und zwischenstaatlichen Vereinbarungen) ergeben. Rechtliche Erwägungen zwingen Regierungen oft dazu, zwischen ihren politischen Zielen und den rechtlichen Verpflichtungen, an die sie gebunden sind, zu vermitteln, was sich auf die Gestaltung und Umsetzung der Einwanderungspolitik auswirkt (Guiraudon 2003; Hollifield 2000).

³ Rational-Choice-Ansätze gehen davon aus, dass auch populistische Parteien versuchen, die sog. Medianwähler (sprich Wähler, die nicht von vorneherein einem bestimmten politischen Lager zugeordnet werden können) für sich zu gewinnen (Downs 1957). Zu diesem Zwecke mäßigen sie ihre politische Sprache und schwächen ihre Forderungen ab.

⁴ Diese Unterscheidung ist nicht deckungsgleich mit der in der Fachliteratur häufig getroffenen Unterscheidung zwischen verhaltensbezogener („behavioural“) und ideologischer Moderation, wobei sich erstere auf oberflächliche Verhaltensänderungen aus strategischen Gründen bezieht, während letztere tiefgreifende Veränderungen der zugrundeliegenden Überzeugungen bezeichnet (Schwedler 2011).

⁵ Diese Diskrepanz könnte als eine Art „Arbeitsteilung“ interpretiert werden, bei der die Parteiführung eine moderatere Kommunikationsstrategie verfolgt, um die breite Wählerschaft nicht zu verschrecken, während einzelne Abgeordnete radikalere Töne anschlagen, um den rechten Rand der Partei bei der Stange zu halten.

barkeit gewonnen hat (Basile/Borri 2022); nicht zuletzt, weil die italienische Öffentlichkeit dem Thema Migration nach 2013 deutlich mehr Aufmerksamkeit schenkte (MIDEM 2018; Dennison/Geddes 2019). Zudem zeigt sich am Thema Migration, wie sehr sich die Partei in den letzten Jahren programmatisch verändert hat – allerdings nicht im Sinne einer linearen Entwicklung. Während die Ablehnung der irregulären bzw. ‚illegalen‘ Migration eine Konstante der Partei bleibt, gewannen nativistische Motive im Zeitverlauf deutlich an Bedeutung und wurden erst vor den letzten Wahlen 2022 wieder zurückgedrängt. Der Umgang mit dem Thema Migration steht damit stellvertretend für die Tendenzen der Radikalisierung und Mäßigung, die die Partei in den letzten zehn Jahren durchlaufen hat. Im Folgenden werden diese der Reihe nach kurz rekonstruiert.

Im ersten Wahlprogramm der Partei (FdI 2013) hielten sich sicherheitspolitische und humanitäre Argumente noch die Waage. Zwar gab sich die Partei im allgemeinen migrationskritisch, betonte aber zugleich, dass Zugewanderte nicht in Marginalität und Armut abgedrängt werden sollten und setzte sich für eine verantwortungsvolle Integrationspolitik ein (die Zwischenüberschrift im Wahlprogramm lautete ‚Die neuen Italiener: Einwanderung und Integration‘). Dementsprechend forderte die Partei, dass „der Weg zur vollständigen Integration der neuen Bürgerinnen und Bürger Hand in Hand“ (...) „mit dem kompromisslosen Kampf gegen illegale Einwanderung“ (FdI 2013) gehen muss.

Auch im Europawahlprogramm der Fratelli d'Italia von 2014 überzog zwar der migrationskritische Grundtenor, die Erwartung einer vollständigen Unterbindung irregulärer Migration fand sich jedoch nicht wieder. Stattdessen setzte die Partei auf eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb Europas, u.a. durch eine Umverteilung von Migrantinnen und Migranten. Zudem wurden diese nicht pauschal als sicherheitspolitische Bedrohung betrachtet, sondern im Sinne eines humanitären Framings als „verzweifelte Menschen, die vor Hunger und Krieg fliehen“ (FdI 2014).

Schon wenige Jahre später änderte sich der Ton deutlich, auch unter dem medialen Einfluss steigender Zuwanderungszahlen (Vampa 2023: 28ff.). Während der ‚Flüchtlingskrise‘ bestimmten nativistische und souveränistische Motive das Migrationsverständnis der Partei. In den programmatischen „Thesen von Triest für die Patriotische Bewegung“, die auf dem Parteitag 2017 verabschiedet wurden, wurde Migration zur existenziellen Bedrohung für den Fortbestand europäischer Nationalstaaten. Dabei fand auch die Verschwörungstheorie des „großen Austauschs“ Einzug in das Parteiprogramm (Baldini et al. 2022: 396). So wurde die EU bezichtigt, aus demographischen Gründen ein „multikulturelles Prinzip“ zu verfolgen, aus dem sich auch die Zustimmung zur unkontrollierten Einreise von Menschen aus anderen Kontinenten ableite (FdI 2017).

Insgesamt zeugen die ‚Triester Thesen‘ von einer deut-

lich radikaleren Haltung zur Migration, in der für integrationspolitische Maßnahmen kaum noch Platz ist (Donà 2022: 785; Puleo/Piccolino 2022). Stattdessen wurde ein ‚präventiver‘ Ansatz verfolgt: Legale Zuwanderung sollte nur denjenigen Nationalitäten offenstehen, „die sich problemlos integrieren konnten, ohne Sicherheitsprobleme zu verursachen, und stattdessen die Zuwanderung derjenigen Nationalitäten zu hindern, die sich als weniger bereit erwiesen haben, unsere Gesetze und Kultur zu akzeptieren“ (FdI 2017) – explizit wurden dabei Musliminnen und Muslime genannt. Der Grenzschutz erfuhr eine besondere Aufwertung: Er wurde mit dem Schutz des „Vaterlandes“ gleichgesetzt, was letztlich auch den Einsatz drastischer Mittel rechtfertigte. So war von einer internationalen „Landmission“ die Rede, „um die Kontrolle über die Häfen zu übernehmen“, wenn es „die Situation erfordert“ (ebd.). Auch die „Möglichkeit einer Seeblockade“ wurde erwähnt. Erstmals fand sich in dem Dokument auch der Vorschlag, Hotspots in Nordafrika einzurichten („zur Prüfung von Asylanträgen“) und das Recht auf „humanitären Schutz“ abzuschaffen (ebd.).

Die programmatische Entwicklung der Fratelli d'Italia im Bereich der Migrationspolitik war in den Folgejahren durch zwei gegenläufige Entwicklungen gekennzeichnet. Im Hinblick auf das Wahlprogramm setzte der Bündniszwang die Fratelli d'Italia unter einen gewissen Anpassungsdruck. So legte das Mitte-Rechts-Bündnis ein einheitliches Programm für die Parlamentswahlen von 2018 vor, als Zeichen für die neu gefundene Einigkeit zwischen den verschiedenen Kräften des Bündnisses. Wie zu erwarten, fanden sich die radikalsten migrationspolitischen Botschaften der Fratelli d'Italia darin nicht wieder. Dennoch ergab sich aus dem Konkurrenzdruck innerhalb des rechten Bündnisses ein gewisser Zwang zur Differenzierung. Dies galt insbesondere für die Migrationspolitik, um die sich die innerrechte Konkurrenz zwischen Fratelli d'Italia und *Legha* (dt.: Liga) drehte. Beide Parteien kämpften darum, dieses Thema für sich zu beanspruchen und damit zu verhindern, dass die jeweils andere Partei in diesem Bereich als restriktiver oder migrationskritischer erschien. Dementsprechend spiegelte sich die nativistische Haltung im gesonderten Wahlprogramm der Fratelli d'Italia wider, das in Form einer Liste von 15 Punkten formuliert wurde (FdI 2018). Neben der Islamkritik („Schutz unserer Identität vor dem Prozess der Islamisierung“) stach auch hier der Vorschlag hervor, reguläre Einwanderungsquoten für Nationalitäten zu schaffen, die ihre Integration unter Beweis gestellt hatten und keine Sicherheitsprobleme darstellten (ebd.). Generell fiel das verstärkte Bemühen der Partei auf, ihr Alleinstellungsmerkmal vor allem durch die kompromisslose Verteidigung italienischer Interessen zu betonen. Am deutlichsten wurde dies in der häufigen Verwendung des Slogans ‚Italians first‘, der eine Konkurrenz zwischen Einheimischen und Ausländern implizierte und zur Rechtfertigung diskriminierender Maßnahmen (z.B. bei der Erbringung von Sozialdienstleistungen) herangezogen wurde (ebd.).

Dieser Slogan fand sich so auch im Europawahlprogramm 2019 wieder. Dort wurde der Vorrang der einheimischen Bevölkerung nicht nur betont, sondern auch normativ untermauert: Menschen, die schon lange in Italien leben und dazu beigetragen haben, das Land zu dem zu machen, was es heute ist, sollen Vorrang vor Neuankömmlingen haben. In ihrem Wahlprogramm schlug die Partei daher vor, dass Italiener und Italienerinnen bevorzugt Zugang zu sozialen Unterstützungsmaßnahmen wie Kindertagesstätten oder Sozialwohnungen erhalten sollten (FdI 2019).⁶ Wie schon im Wahlprogramm des Vorjahres hieß es außerdem, dass Quoten für die reguläre Zuwanderung nur für solche Nationalitäten gelten sollten, die sich gut integriert hatten und keine Sicherheits- oder Terrorismusprobleme darstellten (ebd.).

Spätestens das Wahlprogramm zur Parlamentswahl 2022 markierte eine Abkehr von der migrationspolitischen Radikalisierung und eine Rückkehr hin zu einer eher sicherheitspolitisch motivierten Migrationskepsis (ähnlich dem Wahlprogramm von 2013). So wurde ‚illegale‘ Migration mit zunehmender sozialer Verwahrlosung und steigender Kriminalität assoziiert (FdI 2022). Gleichzeitig fand sich kein Hinweis mehr auf das Prinzip ‚Italians first‘, d.h. den Vorrang italienischer Identität und Interessen bei der Gestaltung der Migrationspolitik, obwohl dieses Prinzip noch vier Jahre zuvor stark im Wahlprogramm verankert war. Stattdessen verfolgte das Programm einen betont nüchternen Zugang zum Thema Migration. Es verzichtete auf eine aggressive und hetzerische Sprache. Dies vermittelte zumindest den Eindruck, dass die Partei bemüht war, realistische und umsetzbare Ansätze für eine geregelte Zuwanderung und gesellschaftliche Integration zu formulieren. Interessanterweise fehlte im Wahlprogramm die sonst oftmals geforderte Abschaffung des besonderen Schutzes (*protezione speciale*),⁷ der als Anomalie des italienischen Asylsystems angeprangert wurde. Stattdessen sah das Wahlprogramm folgende Maßnahmen vor (ebd.):

- **Verteidigung der nationalen und europäischen Grenzen:** Betonung der Einhaltung des Schengener Abkommens und der EU-Anforderungen, einschließlich Grenzkontrollen und Verhinderung von Anlandungen, um den Menschenhandel in Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Behörden zu unterbinden.
- **Einrichtung von Hotspots außerhalb Europas,** die von der EU verwaltet werden, um Asylanträge zu prüfen und nur diejenigen, die Anspruch auf Asyl haben, gleichmäßig auf die 27 Mitgliedstaaten zu verteilen.

- **Nutzung der Zuwanderungsdekrete⁸** als Instrument der internationalen Zusammenarbeit zur Steuerung der legalen Zuwanderung nach Italien.

- **Anreize für die Rückkehr von im Ausland lebenden Italienerinnen und Italienern** und italienischstämmigen Personen.

- **Rückführungsabkommen** zwischen der EU und Drittstaaten, um die Rückführung illegaler Einwanderung zu steuern.

- **Maßnahmen zur Bekämpfung von NGOs,** die illegale Einwanderung fördern.

Überraschend war vor allem die Erwähnung der Seeblockade (*blocco navale*), die vielfach als nicht durchführbare und zudem völker- und europarechtswidrige Maßnahme kritisiert wurde. Allerdings hat Meloni ihren ursprünglichen Vorschlag einer Seeblockade im Laufe der Zeit deutlich abgeschwächt. Während die Seeblockade in früheren Programmen noch als militärische Maßnahme dargestellt wurde, kam sie nun einer Erweiterung bzw. Festigung bestehender Abkommen (z.B. zwischen der EU und Libyen) gleich, mit denen die Ausreise von Asylsuchenden aus Nordafrika verhindert werden sollte.

An dieses ‚entschärfte‘ Verständnis der Seeblockade dockte Meloni auch in ihrer Antrittsrede vor der Abgeordnetenversammlung an. Sie stellte klar, dass der Begriff an den ursprünglichen Vorschlag der EU-Marinemission „Sophia“ anknüpft und kündigte auch an, den Vorschlag auf europäischer Ebene einzubringen und in Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Behörden umzusetzen (La Repubblica 2022). Bemerkenswert ist, dass ihre erste Regierungserklärung einen ausgesprochen konzilianten Ton anschlug – auch beim Thema Einwanderung. Nativistische Elemente kamen darin kaum zum Tragen. Meloni betonte zwar die strategische Rolle Italiens im Mittelmeerraum und die Förderung der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten, ließ sich in ihrer Rede aber nicht auf eine ‚exklusivistische‘ Rhetorik ein. Vielmehr wurde die Verhinderung von irregulärer Einwanderung meist legalistisch oder humanitär begründet (z.B. zur Verhinderung von Schiffsunglücken oder Menschenhandel).

3. ASYL- UND MIGRATIONS POLITISCHE MASSNAHMEN SEIT REGIERUNGSANTRITT

Welche asyl- und migrationspolitischen Maßnahmen hat die Regierung Meloni seit ihrem Amtsantritt ergriffen, um dem Ziel der Bekämpfung ‚illegaler‘ Migration näher zu

⁶ Diese Form der nativistischen Migrationskritik setzte sich auch während der Pandemiejahre (2020 und 2021) fort. Am deutlichsten wurde dies in Melonis wiederholten Versuchen, die italienische Bevölkerung, die unter den Ausgangssperren litt, gegen die ‚illegalen‘ Migranten auszuspielen, die trotz des Infektionsrisikos ungehindert einreisen konnten (MIDEM 2021). Diese Kritik an ‚illegaler‘ Migration ging in Melonis Kommunikation meist mit wohlfahrtschauvinistischen Argumenten einher, wonach sozialstaatliche Leistungen den Einheimischen vorbehalten bleiben sollten.

⁷ Mit dem „Sicherheitsdekret“ (*Decreto sicurezza*) von 2018 wurde der Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen abgeschafft, aber eine Reihe von „besonderen“ Aufenthaltstiteln eingeführt, z.B. für Migranten, die medizinische Behandlung benötigen, oder für „Situationen bedingter und außergewöhnlicher Katastrophen“. Diese besonderen Aufenthaltstitel (*protezione speciale*) füllen teilweise die Lücke, die durch die Abschaffung des humanitären Schutzes (*protezione umanitaria*) entstanden ist.

⁸ Diese Dekrete (*Decreti flussi*) sehen die Festlegung jährlicher Quoten für die Zuwanderung von Arbeitskräften seitens der Regierung vor.

kommen? Spiegeln sich die asyl- und migrationspolitischen Maßnahmen aus dem Wahlprogramm der Fratelli d'Italia im Regierungshandeln wider? Im Folgenden wird ein Überblick der asyl- und migrationspolitischen Maßnahmen seit dem Amtsantritt der Regierung Meloni geboten. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Gesetzesinitiativen gelegt.

Zu Beginn ihres Amtes als Regierungschefin schien Meloni entschlossen, dem asylpolitischen Kurs ihres politischen Kontrahenten und derzeitigen Verbündeten Matteo Salvini (Vorsitzender der mitregierenden Lega) zu folgen, der als Innenminister vor allem durch seine Weigerung, Rettungsschiffe anlegen zu lassen, auf sich aufmerksam gemacht hatte. Tatsächlich löste Meloni nur wenige Wochen nach ihrem Amtsantritt eine diplomatische Krise mit Frankreich aus, als sich Italien weigerte, Asylsuchende von der Ocean Viking (einem Schiff der NGO SOS Méditerranée) aufzunehmen. Dies führte schließlich dazu, dass Frankreich die Asylsuchenden aufnahm – allerdings nicht ohne zuvor scharfe Kritik an das Nachbarland zu adressieren. Der Vorwurf: Verletzung der Rettungspflicht. Als Vergeltungsmaßnahme zog sich Frankreich zudem aus dem „freiwilligen Solidaritätsmechanismus“ zurück (der EU-Staaten entlasten soll, die besonders viele Geflüchtete aufnehmen) und setzte die Umsiedlung von 3.500 Geflüchteten, die in Italien angekommen waren, aus.

Das Verhältnis zu Frankreich entspannte sich in der Folge etwas, nicht jedoch das zu den Rettungsschiffen der internationalen NGOs, die weiterhin Gegenstand der Regierungskritik blieben. Diese Kritik mündete schließlich im Januar 2023 in ein Dekret (Decreto-Legge 1/2023), welches eine Art Verhaltenskodex für NGOs, die Such- und Rettungsaktionen im Mittelmeer durchführen, festlegt (Gazzetta Ufficiale 2023a). Kritiker sehen darin das Ziel, Rettungseinsätze auf hoher See zu erschweren. Heftige Kritik gab es insbesondere an der Regelung der „Mehrfachrettung“. Diese sieht unter anderem vor, dass jedes Schiff nach einer Rettung auf See verpflichtet ist, unverzüglich beim maritimen Koordinierungszentrum einen Hafen zur Ausschiffung zu beantragen und diesen anzulaufen. Kritik erntete auch eine weitere Bestimmung wonach gerettete Personen umgehend über die Möglichkeit informiert werden müssen, einen Antrag auf internationalen Schutz zu stellen, wobei ihre Daten zu diesem Zweck erfasst werden. Hier liegt das Problem darin begründet, dass an Bord des Schiffes das Recht des Flaggenstaates und nicht das italienische Recht gilt. Dabei liegt die Vermutung nahe, dass die italienische Regierung Schiffe unter fremder Flagge dazu verpflichten möchte, Asylanträge direkt an Bord entgegenzunehmen, um so die Verantwortung für das Asylverfahren

auf den Flaggenstaat zu verlagern. Dies dürfte jedoch gegen das Dubliner Übereinkommen verstoßen, wonach Asylanträge von den zuständigen Behörden – zu denen Schiffskapitäne nicht gehören – des Ersteinreiselandes entgegenzunehmen sind.

Am 9. März 2023 verabschiedete die Regierung ein Dekret mit dem etwas irreführenden Namen Cutro (*decreto cutro*; vgl. Gazzetta Ufficiale 2023). Cutro ist eine süditalienische Gemeinde, vor deren Küste sich am 26. Februar 2023 ein tragisches Schiffsunglück ereignete, bei dem 89 Asylsuchende, darunter auch Kinder, ums Leben kamen. Das Dekret, das später vom Parlament in ein Gesetz umgewandelt wurde, sieht zwar härtere Strafen für Schlepper vor (der Straftatbestand „Tod oder Körperverletzung als Folge von Straftaten im Zusammenhang mit illegaler Einwanderung“ wurde eingeführt), ein wesentlicher Teil der Bestimmungen ist jedoch von einem anderen migrationspolitischen Anliegen getragen. Entsprechend der migrationspolitischen Programmatik der Fratelli d'Italia verbindet das Dekret die Bekämpfung der ‚illegalen‘ Migration mit der Steuerung der legalen Migrationsströme. Ein Beispiel: Einwanderungsquoten werden bevorzugt an Arbeitskräfte aus Ländern vergeben, die Aufklärungskampagnen über die Risiken ‚illegaler‘ Migration durchgeführt haben.

Generell fällt auf, dass das Gesetzespaket nicht durchgängig restriktiv ist. Zwar finden sich darin auch restriktive Maßnahmen zur Eindämmung irregulärer Migration, die übrigen Maßnahmen sind jedoch fast ausschließlich expansiv ausgerichtet. So sieht das Dekret beispielsweise vor, das Verfahren zur Erlangung einer Arbeitserlaubnis zu erleichtern und Personen, die erfolgreich Berufs- und Sprachkurse absolviert haben, die Möglichkeit zu geben, außerhalb der Quoten nach Italien einzureisen und zu arbeiten.⁹ Betrachtet man das Gesetzespaket der Regierung Meloni im europäischen Kontext, so reiht es sich in einen Trend ein, der schon seit einiger Zeit zu beobachten ist (und der nicht nur von mehrheitlich rechtskonservativen Regierungen ausgeht): Migrationspolitische Maßnahmen werden vorwiegend liberaler bzw. expansiver – mit Ausnahme der Bereiche, die auf die Verhinderung der Einreise von Asylsuchenden nach Europa und deren Rückführung in ihre Herkunftsländer abzielen (DEMIG). Diese werden in der Regel deutlich restriktiver.

Erwartungsgemäß stießen vor allem die restriktiven Maßnahmen auf Kritik, darunter insbesondere die restriktivere Vergabe des befristeten Aufenthaltstitels ‚besonderer Schutz‘ (*protezione speciale*)¹⁰. Hier ist zu befürchten, dass viele Menschen dadurch prekariert

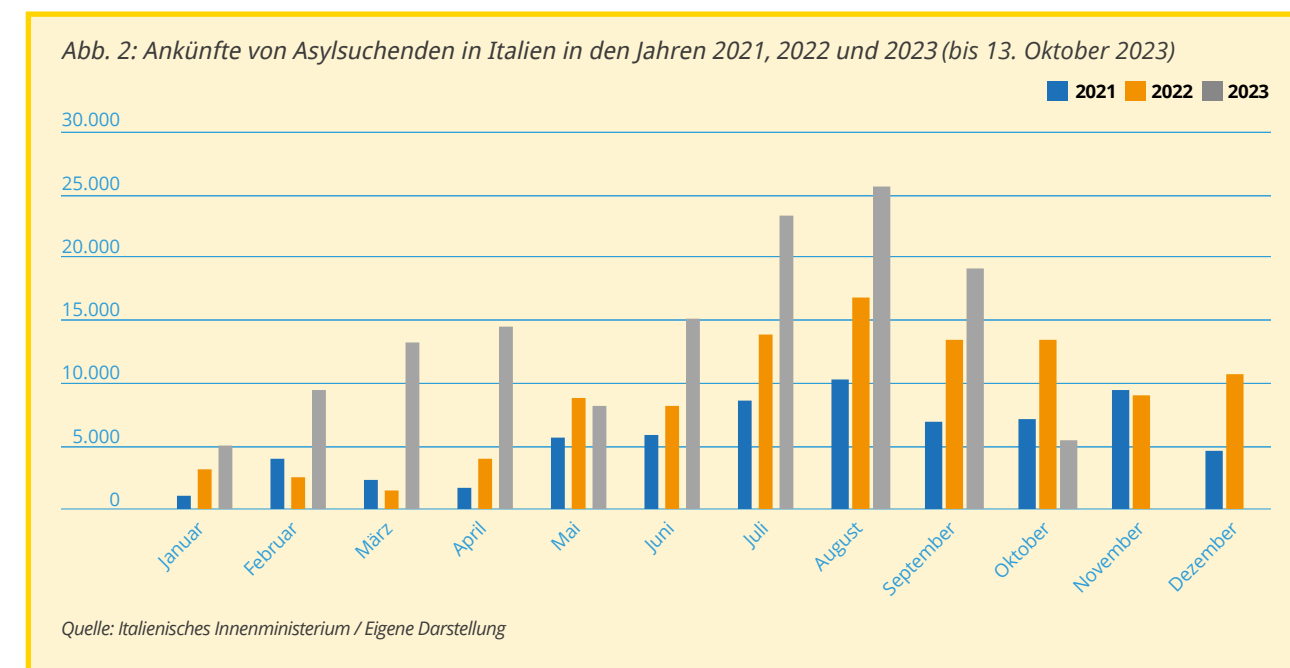
und letztlich in die Illegalität gedrängt werden. Ähnliches geschah bereits 2018 und 2019, als unter der ersten Regierung von Giuseppe Conte auf Beschluss von Innenminister und Lega-Chef Matteo Salvini fast 100.000 Zugewanderte, die zuvor humanitären Schutz in Italien genossen hatten, nahezu über Nacht „illegal“ wurden. Aufgrund fehlender Abkommen mit den Herkunftsländern konnten nur sehr wenige von ihnen rückgeführt werden. Das gleiche Schicksal könnte auch diejenigen ereilen, die nun aus der Kategorie des ‚besonderen Schutzes‘ herausfallen.

Es bleibt abzuwarten, ob diese Maßnahmen bei der Bekämpfung der irregulären Migration Wirkung zeigen. Anzeichen für eine Trendwende gibt es derzeit jedoch kaum. Im Gegenteil: Nach Angaben der Regierung hat sich die Zahl der Menschen, die mit Booten über das Mittelmeer gekommen sind, in diesem Jahr mehr als verdoppelt: 106.000 im bisherigen Jahresverlauf gegenüber 53.000 im Vorjahreszeitraum. Als Reaktion auf diese Entwicklung hat die Regierung bereits am 11. April 2023 den nationalen Notstand ausgerufen, wodurch neue Mittel aus dem nationalen Notfallfonds (5 Millionen Euro, insbesondere für die Durchführung von Identifizierungs-, Abschiebungs- und Rückführungsmaßnahmen) mobilisiert werden konnten.

Meloni nutzte die steigenden Migrationszahlen vor allem, um das Thema irreguläre Migration auf die europäische Agenda zu setzen. Sie war es auch, die den europäischen Migrationspakt mit auf den Weg brachte – gegen den Widerstand ihrer einstigen politischen ‚Gleichgesinnten‘ aus Polen und Ungarn. Auch das umstrittene Abkommen mit Tunesien, das unter anderem mehr finanzielle Unterstützung für die Rückführung von Migrantinnen und Migranten vorsieht, wurde von Meloni vorangetrieben. Diese Form der Migrationsdip-

lomatie nutzte Meloni auch, um ihre Rolle auf der internationalen Bühne zu unterstreichen. So reiste Meloni gemeinsam mit der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und dem niederländischen Premierminister Mark Rutte nach Tunesien, um das Abkommen mit dem tunesischen Präsidenten Kais Saied zu unterzeichnen. Später lud Meloni zahlreiche Staatschefs aus Afrika und dem Nahen Osten zu einer internationalen Migrationskonferenz nach Rom ein, bei der die Bekämpfung der ‚illegalen‘ Migration und die Steuerung der legalen Einwanderung im Mittelpunkt standen. Meloni plädierte dabei für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit nach dem Vorbild des EU-Abkommens mit Tunesien und zeigte sich offen für eine Förderung der legalen Arbeitsmigration. Es ist auch das Verdienst dieser diplomatischen Bemühungen, dass Meloni im Gegensatz zu ihren früheren rechtsnationalistischen Verbündeten, wie Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, kein internationaler Paria im Hinblick auf die europäische Migrationspolitik mehr ist. Tatsächlich steht Meloni in der Migrationsfrage nicht mehr an der Seite der Visegrád-Staaten. Den Migrationspakt der EU mit Tunesien, den Meloni federführend mitverhandelte, lehnen Ungarn und vor allem Polen ab. Auch Marine Le Pen von der rechtspopulistischen Partei *Rassemblement National* distanzierte sich davon.

Zeichnen sich in den migrationspolitischen Maßnahmen und Entscheidungen der letzten 12 Monate eine pragmatische Wende Melonis ab? Es gibt zwei Einschränkungen zu dieser in den Medien häufig geäußerten Vermutung. Zum einen haben die Ausführungen zur Entwicklung der migrationspolitischen Programmatik der Fratelli d'Italia im vorangegangenen Abschnitt gezeigt, dass die Partei diese bereits vor den letzten Parlamentswahlen und nicht erst nach der Regierungsübernahme moderiert bzw. ‚entradikalisiert‘ hat. So war bereits im Wahlprogramm 2022 der



⁹ Dass die Arbeitsmigrationspolitik für bestimmte Qualifikationen, Berufsgruppen oder Branchen liberalisiert wird, kommt nicht von ungefähr. Die italienische Regierung reagiert damit auf den immer akuter werdenden Fachkräftemangel.

¹⁰ Der besondere Schutz kann nicht in eine Arbeitserlaubnis umgewandelt, sondern nur verlängert werden. Die Nichtzurückweisung wird garantiert, aber die „medizinischen und natürlichen Katastrophen“, für die sie ausgestellt werden kann, werden enger gefasst. So ist nur noch von „schwerwiegenden Ereignissen und außergewöhnlichen Katastrophen“ die Rede, und die Dauer der Erlaubnis beträgt nur sechs Monate. Die medizinischen Behandlungen, für die ein besonderer Schutz beantragt werden kann, beziehen sich nur auf bestimmte Krankheiten, die im Herkunftsland nicht behandelt werden können.

Fratelli d'Italia von der Förderung legaler Migration und verstärkten diplomatischen Bemühungen in der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern irregulärer Migrantinnen und Migranten die Rede. Gerade in diesen Punkten ist eine starke Übereinstimmung zwischen migrationspolitischer Programmatik und politischem Handeln erkennbar. Zum anderen hat Meloni kaum etwas unternommen, um der Kriminalisierung von NGOs, die Rettungsschiffe für Asylsuchende betreiben, Einhalt zu gebieten. Im Gegenteil: In ihren Reden schwingt immer wieder die These mit, diese Schiffe seien ein ‚Pull-Faktor‘, der ‚illegale‘ Migration fördere. Zudem hat Meloni strenge Auflagen für Rettungsaktionen von NGOs auf den Weg gebracht. Damit bedient Meloni tief verwurzelte Ressentiments ihrer Wählerschaft gegen Flüchtlingshilfsorganisationen. Es bleibt abzuwarten, ob die steigende Zahl von Asylsuchenden, die mit Booten über das Mittelmeer nach Italien kommen, Meloni zu radikaleren Maßnahmen veranlassen wird, um sich die Unterstützung ihrer überwiegend migrationskritischen Wählerschaft zu sichern. Erste Anzeichen für eine Trendwende waren Mitte September zu erkennen: Unter dem Druck der negativen Schlagzeilen beschloss das Kabinett Meloni eine Reihe von Verschärfungen (Gazetta Ufficiale 2023b). So wurde die maximale Dauer der Abschiebehaft von 12 auf 18 Monate erhöht, um mehr Zeit für die Prüfung der Bleibeberechtigung zu haben und gegebenenfalls direkt aus der Haft abschieben zu können.¹¹ Zudem beauftragte das Kabinett das Militär mit der Einrichtung spezieller Abschiebegefängnisse, die in dünn besiedelten Regionen des Landes errichtet werden sollen, um Unsicherheit in den italienischen Städten zu vermeiden.

INFOBOX – Rechtspopulistische Parteien und ihre Migrationspolitik

Rechtspopulistische Parteien können die Entwicklung der Migrationspolitik auf zwei Wegen beeinflussen: Entweder direkt durch die Beteiligung an einer Regierungskoalition oder indirekt durch Diskursverschiebung und Veränderung der öffentlichen Meinung, wodurch sie letztlich die Regierungsparteien dazu drängen, ihre politische Agenda zu ändern. So können rechtspopulistische Parteien den Wahlkampf prägen, indem sie Migration zu einem wichtigen politischen Thema machen bzw. deren Salienz erhöhen und migrationsfeindliche Einstellungen mobilisieren (Dennison/Geddes 2019). Dies hindert die etablierten Parteien daran, die restriktiven Präferenzen vieler Wählerinnen und Wähler zu ignorieren und macht gleichzeitig eine expansive bzw. liberale Migrationspolitik zu einem Wahlkampfisiko (Van Spanje 2010).

Die Folge: Viele etablierte Parteien schlagen einen restriktiveren Kurs in der Migrationspolitik ein.

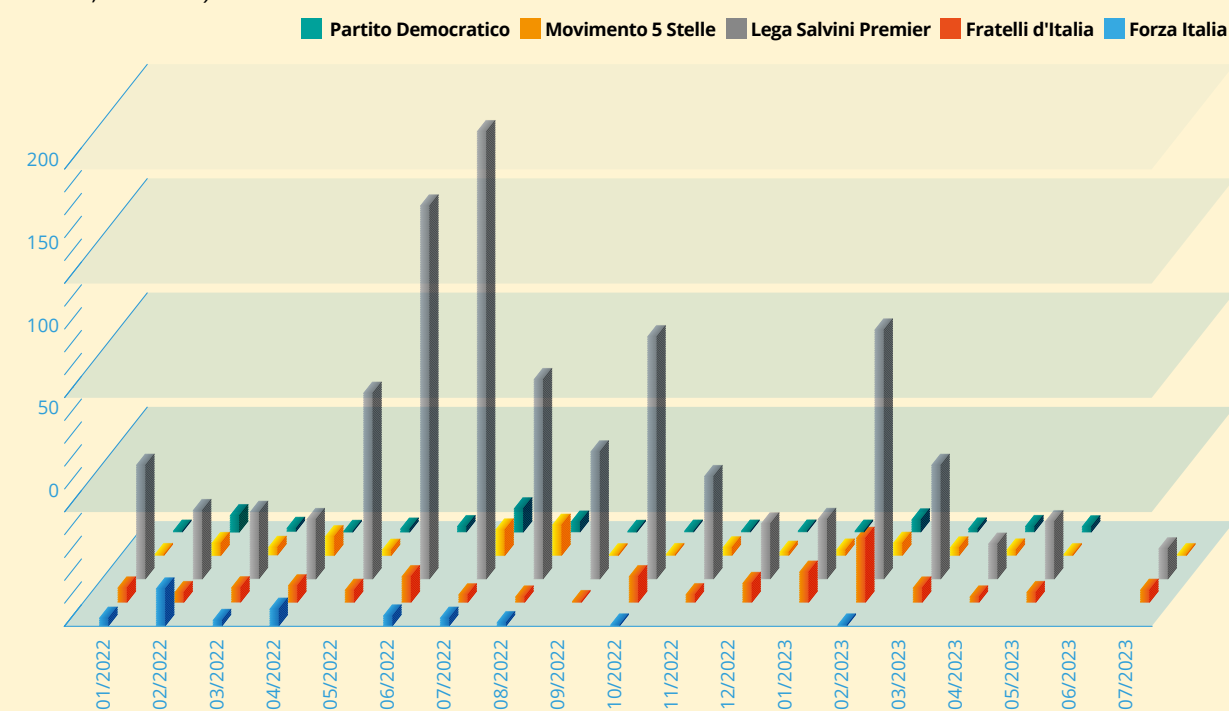
Von einem direkten Einfluss rechtspopulistischer Parteien spricht man, wenn sie entweder als Regierungsmitglieder oder als externe Unterstützer von Minderheitsregierungen den Kurs der Migrationspolitik mitbestimmen. Insbesondere bei ausgeprägt nationalistischen Regierungen liegt die Vermutung einer restriktiveren Einwanderungspolitik nahe (Ko/Choi 2022). Neuere Studien zeigen jedoch, dass rechtspopulistische Parteien zwar Einfluss auf die Integrationspolitik, aber kaum auf die Migrationspolitik haben (Lutz 2019; Natter et al. 2020). Zwar ergreifen rechtspopulistische Parteien restriktivere Maßnahmen, indem sie beispielsweise den Grenzschutz verstärken und harte Strafen gegen illegale Migration verhängen. Diese Maßnahmen werden jedoch durch gegenläufige liberalere Maßnahmen (insbesondere im Bereich der Arbeitsmigration) konterkariert, die häufig von parteinahen Wirtschaftsverbänden gefordert werden. Tatsächlich werden Einwanderungsgesetze meist in Paketen verabschiedet, die verschiedene, oft voneinander divergierende Maßnahmen enthalten können (vgl. oben das Cutro Dekret). Fest steht, dass trotz der zunehmenden Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien die Migrationspolitik in den letzten drei Jahrzehnten nicht generell restriktiver, sondern insgesamt eher liberaler geworden ist (de Haas et al. 2018). Auch ist eine gewisse Tendenz zur Konvergenz zu beobachten, was auf eine zunehmende Irrelevanz nationaler Steuerungsmodelle hindeuten könnte (Helbling/Kalkum, 2018).

4. MIGRATION IN DEN SOZIALEN MEDIEN: EINE FACEBOOK-ANALYSE ITALIENISCHER PARTEIEN MIT FOKUS AUF GIORGIA MELONI¹²

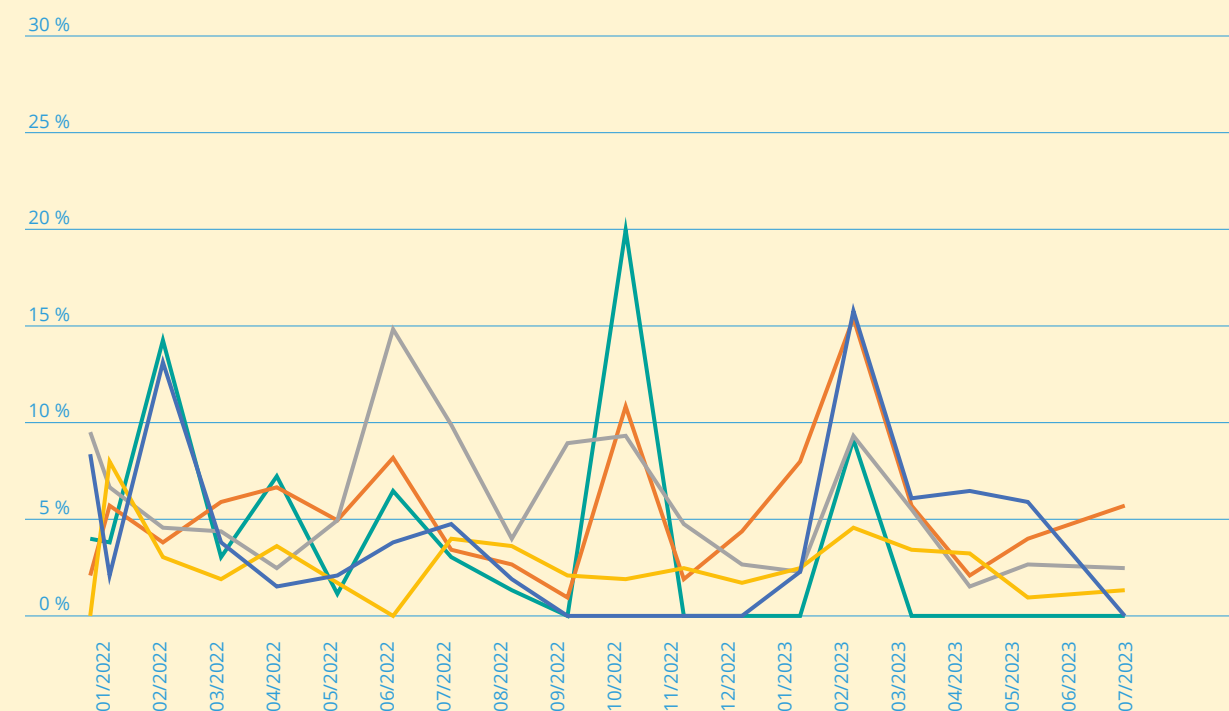
Häufigkeit von migrationsbezogenen Beiträgen

Migration ist eines der zentralen Themen rechter und rechtspopulistischer Mobilisierung (MIDEM 2018; MIDEM 2019). Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass in Italien Fratelli d'Italia und Lega dem Thema Migration in ihrer Social Media-Kommunikation einen höheren Stellenwert eingeräumt haben. Dies gilt auch für die vergangenen zwei Jahre, in denen die Lega dem Thema durchschnittlich 5,8 Prozent ihrer gesamten Beiträge widmete. An zweiter Stelle lag Fratelli d'Italia mit durchschnittlich 5,4 Prozent, gefolgt von der Partito Democratico (PD, dt.: Demokratische Partei) mit 4,1 Prozent vor der Mitte-rechts-Partei Forza Italia (dt.: Vorwärts Italien) (3,8 Prozent).

Abb. 3: Häufigkeit der Facebook-Beiträgen der meistgewählten italienischen Parteien zum Thema Migration (in absoluten Zahlen, monatlich)



Häufigkeit der Facebook-Beiträge der meistgewählten italienischen Parteien zum Thema Migration (in relativen Zahlen, monatlich)



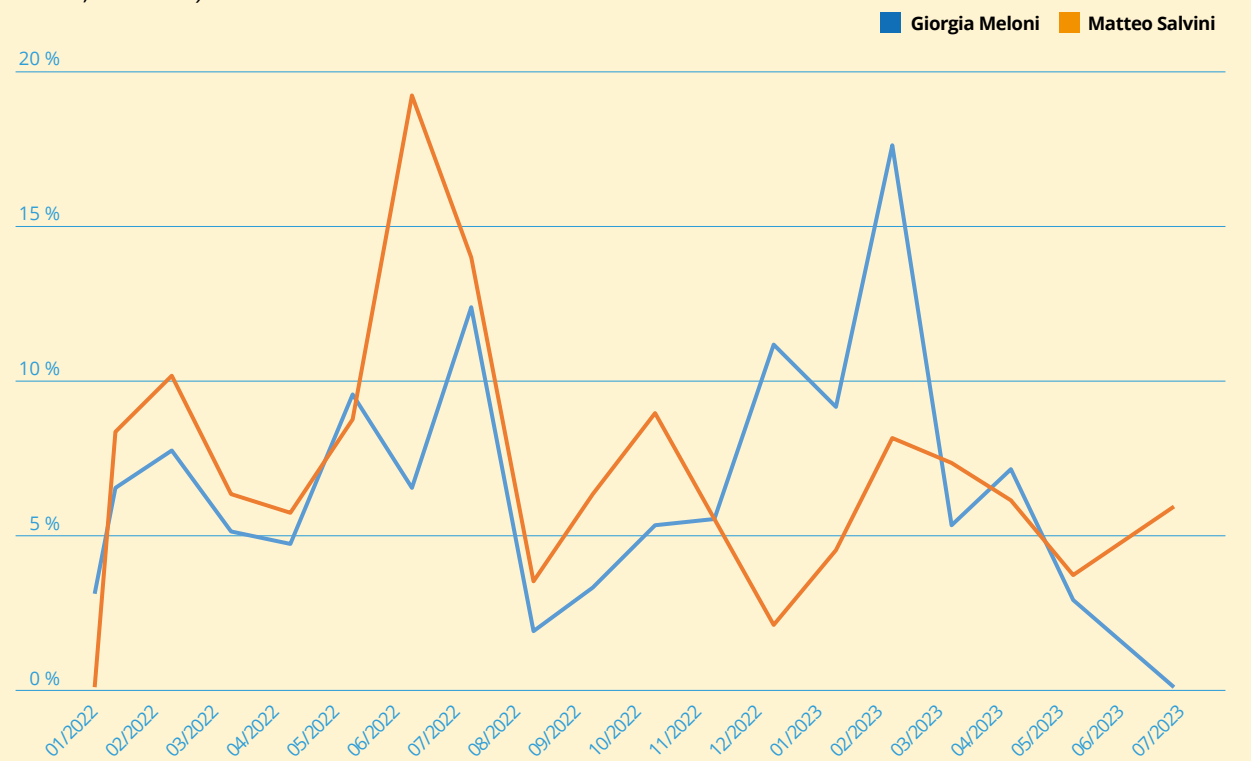
Anmerkung: Zur besseren Einordnung dieser Werte ist allerdings zu berücksichtigen, dass in diese Auswertung auch Wahlkampf- und Kampagnenbeiträge im engeren Sinne eingeflossen sind. Dabei handelt es sich um Veranstaltungshinweise, reine Eigenauftritte von Politikerinnen und Politikern und sonstige Beiträge, die inhaltlich wenig aussagekräftig sind. Es ist davon auszugehen, dass eine Bereinigung der Daten um relativ ‚inhaltslose‘ Beiträge zu einem signifikant höheren Anteil an migrationsbezogenen Beiträgen führen würde.

Quelle: Eigene Analyse auf Basis der Daten von Facebook/Crowdtangle

¹¹ Diese Bestimmungen wurden von einem Gericht in Catania als Verstoß gegen europäisches Recht und die italienische Verfassung eingestuft. Die Begründung: Asylsuchende dürften nicht von einer individuellen Prüfung ihres Falles ausgeschlossen und bis dahin in haftähnlichen Gewahrsam genommen werden. Auch eine weitere Regelung, nach der Asylsuchende gegen Zahlung einer Kaution von knapp 5.000 Euro freigelassen werden können, erklärte das Gericht für rechtswidrig.

¹² Die quantitative und qualitative Analyse der Social Media-Daten erfolgte unter Mitarbeit von Giovanni de Ghantuz Cubbe. Für die Unterstützung bei der Erstellung der Wortwolken sei zudem Hanna Kahler gedankt. Mein Dank geht auch an Dennis Facius für seine Unterstützung bei der Erhebung der Facebook-Daten.

Abb. 4: Häufigkeit der Facebook-Beiträge von Matteo Salvini und Giorgia Meloni zum Thema Migration (in relativen Zahlen, monatlich)



Quelle: Eigene Analyse auf Basis der Daten von Facebook/Crowdtangle

Über den gesamten Untersuchungszeitraum betrachtet, lassen die durchschnittlichen Häufigkeitswerte migrationsbezogener Beiträge dennoch nicht auf einen hohen Politisierungsgrad schließen. Die Häufigkeit migrationsbezogener Beiträge stieg vielmehr punktuell bzw. anlassbezogen an (vgl. Abb. 3). Zwei zentrale Ereignisse waren der extrem starke Anstieg ukrainischer Geflüchteter in Europa im Februar 2022 und das bereits erwähnte Schiffsunglück von Cutro im März 2023. Bemerkenswert ist, dass die ukrainische Fluchtmigration von rechten Parteien nicht besonders hervorgehoben wurde, vermutlich weil sie nicht in das migrationskritische Narrativ von Fratelli d'Italia und Lega passte. Stattdessen thematisierten vor allem die konservative Forza Italia und die Partito Democratico das Schicksal der ukrainischen Geflüchteten in ihren Beiträgen. Im Fall des Schiffsunglücks von Cutro prallten hingegen zwei Schuldzuweisungsstrategien aufeinander. Während die Partito Democratico die Verantwortung für das Unglück auch bei der Regierung sah und die Notwendigkeit besserer Schutzmaßnahmen betonte, nahm Fratelli d'Italia die Schlepper ins Visier (vgl. Meloni, 22. September 2022) und kündigte neue Maßnahmen an (vgl. oben).

Erwähnenswert ist auch der Anstieg der migrationsbezogenen Beiträge der Lega im Spätsommer 2022, der

nur zum Teil auf die etwas höheren Ankunftszahlen von Asylsuchenden über das Mittelmeer zurückzuführen ist. Denkbar ist, dass die Lega als einzige Partei im Vorfeld der Parlamentswahlen versucht hat, das Thema Migration in den Fokus zu rücken. Während beispielsweise der Anteil der migrationsbezogenen Beiträge bei Fratelli d'Italia im Juli 2022 bei rund 8 Prozent lag, erreichte er bei der Lega knapp 15 Prozent.

Unterteilt man den Untersuchungszeitraum in die Zeit vor und nach den Wahlen, so zeigt sich, dass Fratelli d'Italia seit den Parlamentswahlen das Thema Migration in ihrer politischen Kommunikation häufiger aufgreift als die Lega (vor den Wahlen war es umgekehrt). Diese Tendenz lässt sich deutlich daran ablesen, dass Migration in den Facebook-Beiträgen von Giorgia Meloni zumindest bis Mitte Juli 2023 häufiger vorkommt als in den Beiträgen von Matteo Salvini (siehe Abbildung 4). Diese Trendwende dürfte einen einfachen Grund haben: Als Regierungschefin kann Meloni ihre migrationspolitischen Maßnahmen stärker bewerben. Tatsächlich stechen unter Melonis Beiträgen vor allem jene hervor, die mit ihrer Amtsführung zusammenhängen, wie etwa Zusammenkünfte mit europäischen Staatschefs oder institutionelle Reisen in nordafrikanische Länder.¹³

¹³ Es ist allerdings anzumerken, dass die Anzahl der von Meloni auf Facebook veröffentlichten Beiträge seit ihrem Amtsantritt in absoluten Zahlen deutlich zurückgegangen ist. Im Jahr 2022 belief sich die Gesamtzahl der Beiträge auf 1.431, während sie in den ersten acht Monaten des Jahres 2023 nur 249 betrug (von denen nach eigenen Berechnungen 28 als migrationsbezogen identifiziert wurden).

Migrationsbezogenes Vokabular

Ein erster Eindruck über die inhaltliche Ausrichtung der migrationsbezogenen Facebook-Beiträge italienischer Parteien kann mit Hilfe von „Wortwolken“ (erstellt mit der Software MaxQDA) gewonnen werden.¹⁴ Die in diesem Abschnitt verwendeten Wortwolken zeigen die 20 häufigsten Wörter in migrationsbezogenen Beiträgen, unterteilt nach den Parteiaccounts, aus denen sie extrahiert wurden. Die Größe der Wörter in diesen Wolken spiegelt ihre Häufigkeit in den analysierten Beiträgen wider: Je größer die Schrift, desto häufiger kommt der Begriff im untersuchten Korpus vor.

Die Wortwolken zeigen einige Unterschiede in der Wortwahl der fünf Parteien. In den Wortwolken zu den Beiträgen von Lega und Fratelli d'Italia findet sich das Wort „clandestini“, das ein negatives Bild von Migranten und Migrantinnen als heimlich bzw. im Verborgenen einwandernde Menschen vermittelt.¹⁵ Zudem deuten Wörter wie „contrasto“ (bekämpfen), „fermare“ (stoppen) und „sicurezza“ (Sicherheit) in den migrationsbezogenen Facebook-Beiträgen der Lega und insbesondere der Fratelli d'Italia auf ein restriktives und eher sicherheitsori-

entiertes Verständnis von Migration hin (siehe Abb. 5 und 6). Ein durchgängig feindseliges Migrationsbild lässt sich aus den beiden Wortwolken jedoch nicht ableiten, wie die eher geringe Verwendung von migrationskritischen Wörtern zeigt. Tatsächlich war die migrationsbezogene Sprache von Lega und Fratelli d'Italia in früheren Jahren deutlich migrationskritischer, wie andere Untersuchungen zeigen (Prislei et al. 2022).

Weitaus migrationsfreundlicher ist das Vokabular der eher sozialdemokratisch ausgerichteten Partito Democratico. Unter den meistverwendeten Wörtern der Partei fehlen Ausdrücke, die negative Gefühle gegenüber Zugewanderten vermitteln. An ihre Stelle treten Begriffe, die Ungerechtigkeiten gegenüber Asylsuchenden anprangern („Guerra“ [Krieg], „Putin“). Die vermehrte Verwendung von Begriffen wie „speranza“ (Hoffnung), „accoglienza“ (Aufnahme) und „insieme“ (zusammen) in den migrationsbezogenen Facebook-Beiträgen der Partito Democratico deutet ebenfalls auf eine Betonung der humanitären Aspekte der Migration hin (siehe Abb. 7).

Auch in den Beiträgen der Movimento 5 Stelle (M5S, dt.: Fünf-Sterne-Bewegung) finden sich keine explizit migrati-

Abb. 5: Wortwolke von migrationsbezogenen Facebook-Beiträgen der Partei Fratelli d'Italia



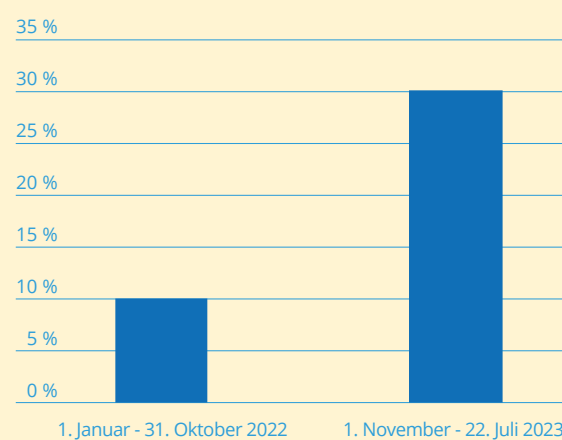
Übersetzung: „confini“ = „Grenzen“, „contrasto“ = „Bekämpfung“, „fermare“ = „stoppen“, „fratelli“ = „Brüder“, „governo“ = „Regierung“, „illegale“ = „illegal“, „immigrazione“ = „Einwanderung“, „lamorgese“ = Luciana Lamorgese, Innenministerin (2019-2022); „mare“ = „Meer“, „ministro“ = „Minister“, „ong“ = „NGO“, „partenze“ = „Abfahrten“, „president“ = „Präsident“, „sbarchi“ = „Anlandungen“, „scafisti“ = „Schmuggler“, „sinistra“ = „Linke“, „trafficienti“ = „Menschenhändler“

Quelle: MaxQDA / Eigene Darstellung

¹⁴ Bestimmte Wörter, die für die Auswertung nicht von Interesse sind, wurden bei der Erstellung der Wortwolken mit Hilfe sogenannter Stopplisten ausgeschlossen. Dazu gehören bestimmte und unbestimmte Artikel, Konjunktionen etc.

¹⁵ Nach eigener Berechnung taucht das Wort „clandestini“ in den migrationsbezogenen Beiträgen von Fratelli d'Italia vor dem Regierungsantritt häufiger auf (37 Prozent der Gesamtzahl), während es in den Monaten danach weniger verwendet wird (26 Prozent).

Abb. 9: Beiträge von Giorgia Meloni mit humanitärem Inhalt vor und nach dem Regierungsantritt (in Prozent)



Anmerkung: Prozentualer Anteil von Beiträgen mit humanitärem Inhalt; Gesamtzahl aller Beiträge (100 Prozent) = 112

Quelle: Eigene Analyse auf Basis der Daten von Facebook/Crowdtangle

dass sie sich vergleichsweise häufiger auf ihren Vorschlag einer Seeblockade („blocco navale“) bezieht als ihre eigene Partei. Bemerkenswert ist auch die häufige Erwähnung des Wortes „morti“ (Tote), was darauf hindeutet, dass Meloni wiederholt auch auf die tragische Dimension irregulärer Migration hinweist (siehe Abb. 8).

Migrationsbezogenes Framing

Wie migrationskritisch ist Melonis Social Media-Kommunikation tatsächlich? Wird irreguläre Migration als Sicherheitsbedrohung dargestellt? Inwieweit wird Migration unter humanitären Gesichtspunkten betrachtet? Um diesen Fragen nachzugehen, werden diejenigen Beiträge Melonis identifiziert, die dem humanitären bzw. dem Sicherheitsframe zugeordnet werden können (oder einige Elemente davon enthalten), ihre relative Häufigkeit berechnet und diese exemplarisch qualitativ untersucht. Im Rahmen des humanitären Frames werden Migranten und Migrantinnen vor allem als Opfer von Schleppern und Schmugglern, als Opfer von Schiffsunglücken oder einfach als von Not und Verzweiflung getriebene Menschen dargestellt. Der Sicherheitsframe hingegen betont den Bedrohungsaspekt. Zuwanderung wird hier als eher Sicherheitsrisiko für die aufnehmende Gesellschaft dargestellt. Vergleicht man sie miteinander, so zeigt sich, dass der Sicherheitsframe negativ besetzt ist, während der humanitäre Frame ein positives Bild von Migranten und Migrantinnen vermittelt.

Wenig verwunderlich ist zunächst, dass sich vor allem bei tragischen Ereignissen, insbesondere im Zusammenhang mit Fluchtmigration aus der Ukraine sowie

bei den Toten und Vermissten bei Überfahrten über das Mittelmeer, humanitäre Elemente bei der Darstellung von Migration zeigen. Doch auch sonst wird der humanitären Perspektive mehr Platz eingeräumt. Dies wird deutlich, wenn man die Häufigkeit von Beiträgen mit humanitären Inhalten vor und nach dem Regierungsantritt im Oktober vergleicht. Bis Oktober 2022 machten Beiträge, die sich mit der Gefahrensituation von Migranten und Migrantinnen, ihrem Tod auf See und ihrem Schutz nach der Ankunft in Italien (insbesondere in den Hotspots) befassten, nur 10 Prozent aller Beiträge von Giorgia Meloni zum Thema Migration aus. Zwischen November 2022 und Juli 2023 stieg dieser Anteil jedoch auf 30 Prozent (siehe Abb. 9).

Die vermehrte Erwähnung humanitärer Aspekte in Melonis Beiträgen bedeutet nicht per se, dass Migration generell positiver gesehen wird. Vielmehr verknüpft Meloni häufig humanitäre mit legalistischen oder sicherheitsbezogenen Elementen. So betont Meloni häufig die Notwendigkeit, den Menschenhandel zu bekämpfen, um das Sterben auf See zu stoppen, die Schwächsten zu schützen und die Sicherheit und Legalität der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Diese Verknüpfung von humanitären, legalistischen und sicherheitsbezogenen Argumenten zeigt sich exemplarisch in einem Beitrag von Ende 2022, in dem Meloni erklärt: „Unser Ziel ist es, die Legalität, die Sicherheit und die Würde eines jeden Menschen zu verteidigen“ (Meloni, 8. November 2022). Hinzu kommt, dass in der Social Media-Kommunikation von Giorgia Meloni der migrationspolitische Humanitarismus selbst zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung wird. So kontert Meloni (insbesondere seit ihrem Regierungsantritt) die Kritik der Oppositionsparteien, die ihr eine „inhumane“ Migrationspolitik vorwerfen, häufig mit einem ähnlichen Vorwurf. Demnach seien die vielen Toten bei der Überfahrt über das Mittelmeer die Folge einer verfehlten Migrationspolitik der „linken“ Parteien. Fratelli d'Italia und ihre Koalitionspartner hingegen hätten durch die Eindämmung der Ankünfte über die Mittelmeerroute „Leben gerettet“ (Meloni, 5. September 2022; 22. September 2022).

Zu einer relativen Mäßigung der migrationspolitischen Sprache trägt auch der Umstand bei, dass Meloni nach Regierungsantritt vermehrt auf suggestive Beiträge verzichtet, in denen Straftaten von Zugewanderten mit dem Migrationsgeschehen in Verbindung gesetzt werden (um den Eindruck von Migration als Sicherheitsbedrohung zu verstärken). Tatsächlich nimmt die Bedeutung der Sicherheit als migrationspolitisches Thema insgesamt ab. Zwischen Januar und Oktober 2022 tauchte das Thema Sicherheit in 21,5 Prozent aller im gleichen Zeitraum veröffentlichten Beiträge von Giorgia Meloni zur Migration auf. Zwischen November 2022 und Juli 2023 sank dieser Anteil auf 11 Prozent. Auch

nativistische Elemente finden sich in den Beiträgen von Giorgia Meloni seit Regierungsantritt kaum.¹⁷

Insgesamt lässt sich anhand der migrationsbezogenen Beiträge von Giorgia Meloni keine radikale Diskursverschiebung in der Darstellung von Migration seit dem Regierungsantritt erkennen. Vielmehr setzt sich der Trend zur kommunikativen Mäßigung fort, der bereits vor 2022 einsetzte und sich vor allem in der Einbeziehung humanitärer Aspekte zeigt. Zudem dürfte der Verzicht auf konfrontatives Migrationsvokabular und -framing nach der Wahl zum Teil dem Perspektivwechsel geschuldet sein: So rücken Melonis Beiträge seit Oktober 2022 vermehrt das Regierungshandeln und dessen vermeintliche Erfolge in den Vordergrund.¹⁸ Es finden sich zahlreiche Beiträge über vermeintlich „konstruktive“ Treffen mit anderen Staats- und Regierungschefs. Mit anderen Worten: Meloni blickt weiterhin kritisch auf das Migrationsgeschehen, konzentriert sich aber stärker auf die politische Arbeit der von ihr geführten Regierung und versucht, positive Ergebnisse zu präsentieren.

¹⁷ Nativistische Elemente finden sich nach wie vor in Äußerungen von Parteikollegen Melonis wie dem Landwirtschaftsminister Francesco Lollobrigida, der im April 2023 mit Blick auf den Bevölkerungsrückgang in Italien erklärte: „Wir können nicht der Idee des ethnischen Ersatzes nachgeben: Die Italiener bekommen weniger Kinder, also ersetzen wir sie durch andere. Das ist der falsche Weg.“ (Agenzia Vista 2023).

¹⁸ Ein markantes Beispiel ist ein Beitrag im März 2023, in dem die Partei betont, dass der politische Druck der Regierung zu einer Veränderung der migrationspolitischen Ausrichtung auf EU-Ebene geführt habe. Dies wird als Beweis dafür angeführt, dass „Italien endlich eine starke Stimme in Europa hat“ (Fdl, 11. März 2023).

LITERATURVERZEICHNIS

- Agenzia Vista* 2023: Lollobrigida: "No alla sostituzione etnica, gli italiani fanno meno figli quindi li sostituiamo"; Youtube. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=rQ0oY3epUck> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Akkerman, Cas / de Lange, Sarah L. / Rooduijn, Matthijs* 2016: Inclusion and Mainstreaming? Radical Right-Wing Populist Parties in the New Millennium. In: Akkerman, Tjitske / de Lange, Sarah L. / Rooduijn, Matthijs (Hg.): *Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Into the Mainstream?* Routledge, S. 1-28.
- Akkerman, Tjitske / de Lange, Sarah L.* 2012: Radical Right Parties in Office: Incumbency Records and the Electoral Cost of Governing. In: *Government and Opposition* 47 (4), S. 574-596.
- Baldini Gianfranco / Tronconi, Filippo / Angelucci, Davide* 2022: Yet Another Populist Party? Understanding the Rise of Brothers of Italy. In: *South European Society & Politics*, 27(1), S. 1-21. Verfügbar unter: <https://ideas.repec.org/a/taf/fsesxx/v27y2022i3p385-405.html> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Basile, Linda / Borri, Rosella* 2022: Sovereignty of What and for Whom? The Political Mobilization of Sovereignty Claims by the Italian Lega and Fratelli d'Italia. In: *Comparative European Politics*, 20(3), S. 365-389. Verfügbar unter: <https://link.springer.com/article/10.1057/s41295-022-00273-w> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Bernhard, Laurent* 2020: Revisiting the Inclusion-Moderation Thesis on Radical Right Populism: Does Party Leadership Matter? In: *Politics and Government* 8(1), S. 206-218. Verfügbar unter: <https://ideas.repec.org/a/cog/poango/v8y2020i1p206-216.html> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Capaul, Raphael / Ewert, Christian* 2021: Moderation of Radical Right-wing Populist Parties in Western European Governments – A Comparative Analysis. In: *Swiss Political Science Review*, 27(4), S. 778-798. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1111/spsr.12491> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- de Haas, Hein / Natter, Katharina / Vezzoli, Simona* 2018: Growing Restrictiveness or Changing Selection? The Nature and Evolution of Migration Policies. In: *International Migration Review*, 52(2), S.324-367. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1111/imre.12288> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Dennison, James / Geddes, Andrew* 2019: A Rising Tide? The Salience of Immigration and the Rise of Anti-Immigration Political Parties in Western Europe. In: *The Political Quarterly*, 90(1), S. 107-116. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1111/1467-923X.12620> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Donà, Alessia* 2022: The Rise of the Radical Right in Italy: the Case of Fratelli d'Italia. In: *Journal of Modern Italian Studies*, 27(5), S. 775-794. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/1354571X.2022.2113216> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Downs, Anthony* 1957: An Economic Theory of Political Action in a Democracy. In: *Journal of Political Economy* 65(2), S. 135-150. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1086/257897> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Fdl (Fratelli d'Italia)* 2013: Le sfide per l'Italia. Verfügbar unter: <https://www.fratelli-italia.it/le-sfide-per-l-italia-9-gennaio-pomeriggio/> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Fdl (Fratelli d'Italia)* 2014: In Europa a testa alta. Verfügbar unter: <https://www.fratelli-italia.it/programma-europa/> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Fdl (Fratelli d'Italia)* 2017: Le Tesi di Trieste per il movimento dei patrioti. Verfügbar unter: <https://www.fratelli-italia.it/le-tesi-trieste/> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Fdl (Fratelli d'Italia)* 2018: Il voto che unisce l'Italia. Verfügbar unter: <https://www.flipsnack.com/fratelliditalia/programma-in-sintesi.html> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Fdl (Fratelli d'Italia)* 2019: Programma elezioni europee. Verfügbar unter: <https://www.fratelli-italia.it/wp-content/uploads/2019/04/Programma-completo-1.pdf> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Fdl (Fratelli d'Italia)* 2022: Pronti a risolvere l'Italia. Verfügbar unter: https://www.fratelli-italia.it/wp-content/uploads/2022/08/Brochure_programma_Fdl_qr_def.pdf (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Fdl (Fratelli d'Italia)* 2023, 11. März: Grazie all'azione...; Facebook. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/100044539714966/posts/747245326770118> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Gazzetta Ufficiale* 2023: Decreto-Legge 1/2023 (2. Januar 2023, Nr. 1). Verfügbar unter: https://www.gazzettaufficiale.it/atto/serie_generale/caricaDettaglioAtto/originario?atto.dataPubblicazioneGazzetta=2023-03-02&atto.codiceRedazionale=23A01357&elenco30giorni=false (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Gazzetta Ufficiale* 2023a: Decreto-Legge 20/2023 (10. März 2023). Verfügbar unter: <https://www.gazzettaufficiale.it/eli/id/2023/03/10/23G00030/sg> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Gazzetta Ufficiale* 2023b: Decreto-Legge 124/2023 (19 September 2023). Verfügbar unter: https://www.gazzettaufficiale.it/atto/serie_generale/caricaDettaglioAtto/originario?atto.dataPubblicazioneGazzetta=2023-09-19&atto.codiceRedazionale=23G00137&elenco30giorni=true (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Guiraudon, Virginie* 2003: The Constitution of a European Immigration Policy Domain: A Political Sociology Approach. In: *Journal of European Public Policy* 10(2), S. 263-282. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/1350176032000059035> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Heinisch, Reinhard* 2003: Success in Opposition – Failure in Government: Explaining the Performance of Right-Wing Populist Parties in Public Office. In: *West European Politics*, 26(3), S. 91-130. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/1402380312331280608> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Helbling, Marc / Kalkum, Dorina* 2018: Migration Policy Trends in OECD Countries. In: *Journal of European Public Policy*, 25(12), S. 1779-1797. Verfügbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13501763.2017.1361466> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Hollifield, Roger Z.* 2000: Migration and the 'New' International Order. The Missing Regime. In: Ghosh, Bimal (Hg.): *Managing Migration: Time for a New International Regime?* Oxford University Press, S. 75-109.
- Ko, Jiyoung / Choi, Seung-Whan* 2022: Nationalism and Immigration Control. In: *Nations and Nationalism*, 28(1), S. 12-30. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1111/nana.12801> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Krause, Werner / Wagner, Aiko* 2019: Becoming Part of the Gang? Established and Nonestablished Populist Parties and the Role of External Efficacy. In: *Party Politics*, 27(1). Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/1354068819839210> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- La Repubblica* 2022: Il primo intervento della premier nell'Aula di Montecitorio, 25.10.2022. Verfügbar unter: https://www.repubblica.it/politica/2022/10/25/news/discorso_integrale_meloni_camera_fiducia-371646980/ (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Lutz, Philip* 2019: Variation in Policy Success: Radical Right Populism and Migration Policy. In: *West European Politics*, 42(3), S. 517-544. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/01402382.2018.1504509> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Lutz, Philip* 2021: Reassessing the Gap-Hypothesis: Tough Talk and Weak Action in Migration Policy? In: *Party Politics*, 27(1), S. 174-186. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/1354068819840776> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Meloni, Giorgia* 2022, 8. November: In tema di sicurezza e contrasto...; Facebook. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/100044506566624/posts/680313510128862> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Meloni, Giorgia* 2022, 5. September: "Disumana. La Meloni..."; Facebook. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/100044506566624/posts/628606588632888> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Meloni, Giorgia* 2022, 22. September: Noi sull'immigrazione siamo...; Facebook. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/watch/?v=497729788835355> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Meloni, Giorgia* 2023, 26. Februar: Profondo dolore per le tante vite umane stroncate...; Facebook. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/100044506566624/posts/756775722482640> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- MIDEM* 2018: Migration und Populismus. Jahresbericht 2018, Dresden. Verfügbar unter: https://forum-midem.de/wp-content/uploads/2023/03/TUD_MIDEM_Jahresbericht2018_WEB_RZ_2.pdf (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- MIDEM* 2019: Migration und Europa. Jahresbericht 2019, Dresden. Verfügbar unter: https://forum-midem.de/wp-content/uploads/2023/03/TUD_MIDEM_Jahresbericht2019_Web-1.pdf (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- MIDEM* 2021: Corona und Rechtspopulismus. Jahresstudie, Mercator Forum Migration und Demokratie, hrsg. von Hans Vorländer, Dresden. Verfügbar unter: https://forum-midem.de/wp-content/uploads/2023/03/TUD_MIDEM_Jahresstudie2021_RZ_online.pdf (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Natter, Katharina / Czaika, Mathias / de Haas, Hein* 2020: Political Party Ideology and Immigration Policy Reform: An Empirical Enquiry. In: *Political Research Exchange*, 2(1). Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/2474736X.2020.1735255> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Prislei, Laura / Di Cicco, Gabriele / Sensales, Gilda / d'Urso, Enrico* 2022: Representations of Immigration on Facebook: A Lexicographic Analysis of the Communication of Italian Populist and Non-Populist Leaders (2019-2021). In: *Psychology Hub*, 39(3), S. 41-52. Verfügbar unter: https://rosa.uniroma1.it/rosa04/psychology_hub/article/view/17809/16921 (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Puleo, Leonardo / Piccolino Gianluca* 2022: Back to the Post-Fascist Past or Landing in the Populist Radical Right? The Brothers of Italy Between Continuity and Change. In: *South European Society and Politics*, 27(3), S. 359-383. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/13608746.2022.2126247> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Schwedler, Jillian* 2011: Can Islamists Become Moderates? Rethinking the Inclusion-Moderation Hypothesis. In: *World Politics*, 63(2), S. 347-376. Verfügbar unter: <http://dx.doi.org/10.1017/S0043887111000050> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Schwörer, Jakob* 2022: Less Populist in Power? Online Communication of Populist Parties in Coalition Governments. In: *Government and Opposition*, 57(3), S. 467-489. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1017/gov.2021.2> (letzter Zugriff: 18.10.2023).
- Tepe, Sultan* 2019: The Inclusion-Moderation Thesis: An Overview. In: *Oxford Research Encyclopedia of Politics*. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/acrefore/2F9780190228637.013.788> (letzter Zugriff: 18.10.2023).

Vampa, Davide 2023: Brothers of Italy: A New Populist Wave in an Unstable Party System. Palgrave Macmillan Cham, Springer Nature. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/978-3-031-26132-9> (letzter Zugriff: 18.10.2023).

Van Spanje, Joost 2010: Contagious Parties: Anti-Immigration Parties and Their Impact on Other Parties' Immigration Stance in Contemporary Western Europe. In: Party Politics 16(5), S. 563–586. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/1354068809346002> (letzter Zugriff: 18.10.2023)

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Zugehörigkeit, Identität und Zusammenhalt
- Politische und gesellschaftliche Polarisierung
- Nationale Governance von Migration
- Lokale Governance von Migration

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie Stellung zu erstellen
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten

AUTOR

DR. OLIVIERO ANGELI

Oliviero Angeli ist Koordinator des Mercator Forums für Migration und Demokratie (MIDEM) an der TU Dresden. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören insbesondere Fragen der Demokratie- und Migrationsforschung sowie der modernen politischen Theorie.

oliviero.angeli@tu-dresden.de

IMPRESSUM

ISSN 2570-1770

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Johanna Haupt

Mitarbeit:

Giovanni de Ghantuz Cubbe
Hanna Kahler

Gestaltung:

Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2023

MIDEM ist ein Forschungszentrum an der Technischen Universität Dresden, gefördert durch die Stiftung Mercator.

